



Nr. 323

Stans, 6. Mai 2003

Parlamentarische Vorstösse. Dringliche Interpellation von Landrätin Franziska Ledergerber Kilchmann, Hergiswil, betreffend das Angebot an Lehrstellen in Nidwalden. Beantwortung

Sachverhalt

1.

Mit Schreiben vom 11. April 2003 übermittelte das Landratsbüro dem Regierungsrat eine dringliche Interpellation von Landrätin Franziska Ledergerber Kilchmann, Hergiswil, betreffend das Angebot an Lehrstellen in Nidwalden.

2.

Landrätin Franziska Ledergerber Kilchmann ersucht den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Im März/April 2003 hat das Amt für Berufsbildung eine Umfrage über die Anzahl der lehrstellenlosen Schulabgänger/innen gemacht; wie präsentieren sich die Zahlen heute?
- Welche Hilfe kann der Regierungsrat bzw. die Bildungs- oder die Volkswirtschaftsdirektion den Schüler/innen bei der Suche von Lehrstellen bieten?
- Welche Überbrückungsmassnahmen gedenkt der Regierungsrat für die lehrstellenlosen Schulabgänger/innen zu treffen?
- Welche Möglichkeiten bzw. Vorstellungen hat der Regierungsrat, um das schwindende und ungenügende Lehrstellenangebot wieder auf jenen dauerhaften Stand zu bringen, der allen lernbefähigten und lernwilligen jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglicht?

Beantwortung der Fragen

Einleitend ist festzuhalten, dass der Umfang des Lehrstellenangebotes eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängt. In einer Phase wirtschaftlichen Wachstums werden auch entsprechend mehr Lehrstellen angeboten. Die Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung ist durch den Kanton nicht direkt steuerbar; trotzdem ist die konjunkturelle Entwicklung von den Rahmenbedingungen im Kanton abhängig.

1.

Im März/April 2003 hat das Amt für Berufsbildung eine Umfrage über die Anzahl der lehrstellenlosen Schulabgängerinnen und Schulabgängern gemacht; wie präsentieren sich die Zahlen heute?

Die erwähnte Umfrage erfasst die Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Orientierungsschule. Ebenfalls befragt wurden Jugendliche aus der Weiterbildungsschule (WBS), dem Berufspraktikum plus (BP⁺) und dem Integrationskurs (IK). Es handelt sich um eine Zwischenumfrage zur Feststellung der Tendenzen. Die Schlussbefragung erfolgt im Juni.

Lehrstellen werden von rund zwei Dritteln der Schulabgängerinnen und Schulabgängern nachgefragt. Ein Drittel sucht Zwischenlösungen oder nicht BBT-Grundbildungen. Der heuri-

ge Jahrgang der Schulabgängerinnen und Schulabgängern ist verglichen mit den Vorjahren eher ein „starker Jahrgang“.

Ergebnisse der Umfrage	Total	davon aus			
		ORS	BP+	WBS	IK
Anzahl Jugendliche, die eine Lehre, Anlehre, Vorlehre oder eine andere Form von Berufsausbildung auf sicher haben.	254	196	15	19	2
Anzahl Jugendliche, die sich für eine weiterführende Schule wie Gymnasium, Wirtschaftsmittelschule, Diplommittelschule angemeldet haben	24	?		?	
Anzahl Jugendliche, die sich für ein Zwischenjahr wie 10. Schuljahr, Berufspraktikum plus, Welschlandjahr, Sozialjahr oder eine andere Form von Zwischenlösung angemeldet haben.	91	91			
Anzahl Jugendliche, die sofort nach der Schule eine Arbeit annehmen und keine weitere Ausbildung absolvieren wollen.	1				1
Anzahl Jugendliche, die noch nicht entschieden haben, was Sie nach der 3. ORS machen wollen.	14	14			
Anzahl Jugendliche, die zwar suchen, aber bis heute keine konkrete Lösung gefunden haben.	56*	36	2	8	10
Anzahl ausländische Jugendliche , die gedenken in ihr Heimatland zurückzukehren .	0				
Total	440	337	17	27	12

* Von den 56 Jugendlichen, die bis Anfang April keine konkrete Lösung hatten sind 20 nicht effektive Schulabgänger/innen. Von den 36 verbleibenden Jugendlichen aus der Orientierungsschule (ORS) dürften aufgrund von Erfahrungswerten rund 2/3 bis Ende des Schuljahres noch eine Lösung finden.

Es fällt auf, dass ausländische Jugendliche vermehrt Mühe bekunden, eine Lösung zu finden.

Der Lehrstellenmarkt ist kein transparenter Markt. Viele Ausbildungsplätze werden nicht gemeldet und bei Anfragen von Jugendlichen spontan angeboten. Die folgende Übersicht zeigt die jeweils gemeldeten offenen Lehrstellen. Das tatsächliche Angebot liegt in der Regel deutlich über den gemeldeten Zahlen.

Jahr	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
gemeldete Stellen. Total	271	275	320	350	390	361	350	330
Bsp. Kaufmännische/r Angestellte/r				48	65	57	57	48

Finanziert über den Lehrstellenbeschluss I konnte die Zahl der Lehrstellen vor der Jahrtausendwende kontinuierlich gesteigert werden und ist seither wieder rückläufig: Mit grossem Aufwand wurden in den Jahren 1999 und 2000 neue Lehrstellen geschaffen. Neue Lehrbetriebe konnten nur wenige gewonnen werden. Der grösste Teil der neuen Lehrstellen wurde in bestehenden Lehrbetrieben durch das Angebot von zusätzlichen Ausbildungsplätzen geschaffen. Lehrbetriebe, die vorher beispielsweise nur alle zwei, drei oder vier Jahre einen Lehrling angestellt hatten, erklärten sich bereit, den Rhythmus zu erhöhen. Diese Variante des Lehrstellen-Marketings erweist sich aber als Bumerang. Die meisten Betriebe konnten und wollten die zusätzlichen Ausbildungsplätze nicht halten.

Nachhaltiges Lehrstellen-Marketing erfordert die Generierung von neuen Lehrbetrieben und hängt eng zusammen mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie der allgemeinen Arbeitsplatzentwicklung im Kanton.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die aktuelle Situation angespannt aber nicht dramatisch ist. Handlungsbedarf besteht insbesondere im Bereich der Brückenangebote (siehe 3.).

2.

Welche Hilfe kann der Regierungsrat bzw. die Bildungs- oder die Volkswirtschaftsdirektion den Schülerinnen und Schülern bei der Suche von Lehrstellen bieten?

Das duale Bildungssystem baut auf die Aktivität der Bildungspartner; hier sind die Arbeitgeberverbände gefordert. Die kantonal zuständigen Behörden haben keine diesbezüglichen gesetzlichen Aufträge. Viel mehr sind sie Vollzugsbehörde. Höchste Priorität fällt den Beratungsdiensten und Informationsstellen rund um die Berufswahl zu. Die Beratungsstellen müssen entsprechend gestützt werden, damit sie die steigenden Zahlen von Ratsuchenden bewältigen können.

Die bestehenden Angebote für Jugendliche, Eltern und ORS-Klassen beinhalten:

- LENA online (Lehrstellennachweis im Internet); wird laufend aktualisiert
- Zusammenarbeit mit Lehrpersonen (Berufswahlvorbereitung)
- Zusammenarbeit mit Eltern (Elternabende)
- Unterstützung bei Bewerbungen (Coaching, Strategie)
- Unterstützung für Jugendliche, die von der WBS nicht berücksichtigt wurden

Das Angebot der Beratungsdienste ist umfassend. Dies mit der klaren Abgrenzung, dass sie sich nicht in den Selektionsprozessen der Lehrfirmen oder in Vermittlungsdiensten engagieren. Die Lehrstellensuche ist Aufgabe der Jugendlichen in Kooperation mit den Eltern.

Schulabgängerinnen und Schulabgänger, welche keine Lehrstelle finden, haben die Möglichkeit, sich beim regionalen Arbeitsvermittlungszentrum Obwalden/Nidwalden in Hergiswil (RAV) zu melden. Sie können hier die Vermittlung in Anspruch nehmen und nach einer entsprechenden Wartefrist auch Taggelder beziehen. Bezüglich stellenloser Schulabgängerinnen und Schulabgänger sind zur Zeit keine Probleme im RAV bekannt – sei dies bezüglich einer aussergewöhnlich grossen Anzahl solcher Schulabgänger als auch bezüglich von Schwierigkeiten der Vermittlung. Sollten sich mit den stellenlosen Schulabgängern in Zukunft Probleme abzeichnen, können hier Massnahmen im Rahmen des Werkplatzes Nidwalden ergriffen werden. Es handelt sich dabei um Programme für stellenlose Schulabgänger im Werkplatz. Diese Programme sollen einen Einblick in die Berufswelt vermitteln. Die Schulabgängerinnen und Schulabgänger haben dabei die Möglichkeiten, in verschiedenen Bereichen des Werkplatzes (Kaufmännische Abteilung, Verkauf, Metallbearbeitung, Holzbearbeitung usw.) erste Erfahrungen mit der Berufswelt zu machen. Solche Programme wurden in der Vergangenheit bereits angeboten und konnten über die ordentliche Finanzierung der Allgemeinen Arbeitsmarktlischen Massnahmen (AAM) des Bundes abgewickelt werden.

3.

Welche Überbrückungsmassnahmen gedenkt der Regierungsrat für die lehrstellenlosen Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu treffen?

Konkret sind keine speziellen, zusätzlichen Überbrückungsmassnahmen geplant. Die Erfahrung zeigt, dass solche Ansätze bloss eine Verschiebung des Problems bringen.

Die bereits bestehenden Brückenangebote (Berufspraktikum plus, Integrationskurs/Vorlehre) müssen aber entsprechend der Nachfrage ausgebaut werden. Aufgrund des aktuellen Anmeldestandes ist mit zwei bis drei zusätzlichen Klassenzügen zu rechnen. Die Kosten pro Klasse betragen rund Fr. 100'000.--

Die Problematik der zusätzlichen Klassenzüge liegt neben den erforderlichen finanziellen Mitteln vor allem in den räumlichen Verhältnissen am BWZ.

4.

Welche Möglichkeiten bzw. Vorstellungen hat der Regierungsrat, um das schwindende und ungenügende Lehrstellenangebot wieder auf jenen dauerhaften Stand zu bringen, der allen lernbefähigten und lernwilligen jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglicht?

Die Ausbildungsbereitschaft ist im Kanton Nidwalden ungebrochen hoch. Strukturelle und/oder wirtschaftliche Einflüsse wirken sich aber negativ auf die Anzahl Lehrstellen aus.

Der Kanton Nidwalden ist ein klassischer Wegpendler-Kanton. Das Arbeitsplatzangebot hält mit der Zahl der Zuzüger nicht Schritt. Um einen funktionierenden Lehrstellenmarkt zu schaffen, ist ein Wachstum des Arbeitsplatzangebots und der Zahl der Betriebsstätten unabdingbar, was eine effiziente Wirtschaftsförderung bedingt. In diesem Zusammenhang kann darauf verwiesen werden, dass die Neustrukturierung der kantonalen Wirtschaftsförderung in vollem Gange ist. Der Landrat hat Ende 2002 einer Leistungsauftragserweiterung der Volkswirtschaftsdirektion zugestimmt. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um eine schlagkräftige Wirtschaftsförderung mit entsprechenden Ressourcen zu betreiben. Es ist dabei aber zu beachten, dass Wirtschaftsförderung ein langfristiges Geschäft ist und die eingeleiteten Massnahmen erst in einigen Jahren vollumfänglich greifen können.

Es ist festzustellen, dass Jugendliche zunehmend Lehrstellen in Berufsfeldern suchen, deren Anforderungen sie nicht gewachsen sind bzw. für die sie die notwendigen Voraussetzungen nicht mitbringen. Finden diese Jugendlichen dennoch eine Lehrstelle, führt dies in der Regel zu Problemen während der Ausbildung (schulisch und/oder betrieblich). Dadurch werden im Bereich Beratung und Coaching von betroffenen Betrieben und Jugendlichen wiederum zusätzliche Ressourcen der Lehraufsicht gebunden. Um dies weitgehend zu vermeiden, sind deshalb Information und Beratung von Jugendlichen, ORS-Lehrpersonen, Eltern und Betrieben entsprechend auszubauen.

Generell ist die Lehraufsicht zunehmend mit der Betreuung von Lernenden und Lehrfirmen beschäftigt. Mittlerweile muss in rund einem Drittel der Lehrverhältnisse mindestens einmal während der Lehrzeit wegen Problemen und/oder Konflikten Schlichtung und Moderation angeboten werden. Um die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu erhalten, ist deshalb der Ausbau von Beratung und Coaching für Lehrbetriebe und Lernende unumgänglich.

Kritisch zu beurteilen ist auch die teilweise mangelnde Mobilität der Jugendlichen. Sie wollen für ihre Ausbildung in Nidwalden bleiben. Das verschärft die Situation auf dem Lehrstellenmarkt zusätzlich.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass die Aufgaben der Berufsbildung in den vergangenen Jahren laufend zugenommen haben und mit der Einführung des Berufsbildungsgesetzes weiter zunehmen werden. Die bestehenden personellen Ressourcen in der Berufsbildung Nidwalden sind zu knapp, um diese Aufgabenfülle bewältigen zu können. Ein Organisationsentwicklungsprozess verbunden mit zusätzlichen Ressourcen ist deshalb voraussichtlich unumgänglich.

Beschluss

Dem Landrat wird beantragt, von der Beantwortung der Interpellation Kenntnis zu nehmen.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Mitglieder des Regierungsrates und des Landrates
- Landratssekretariat
- Bildungsdirektion
- Volkswirtschaftsdirektion
- Berufs- und Weiterbildungszentrum

REGIERUNGSRAT NIDWALDEN

Landschreiber-Stellvertreter